

**Gesamtpersonalrat Schule  
am Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis  
und die Landeshauptstadt Wiesbaden**

HESSEN



Gesamtpersonalrat der Lehrer\*innen  
Walter-Hallstein-Str. 3-7 • 65197 Wiesbaden

Kultusminister  
Armin Schwarz  
Luisenplatz 10  
65185 Wiesbaden

Aktenzeichen

Bearbeiter/-in Frau Dr. Tuckfeld  
Durchwahl 0611 8803-470  
E-Mail [GPRS.SSA.Wiesbaden@kultus.hessen.de](mailto:GPRS.SSA.Wiesbaden@kultus.hessen.de)

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

Datum 14.10.2024

BETREFF: OFFENER BRIEF DES GESAMTPERSONALRATS SCHULE AN KULTUSMINISTER ARMIN SCHWARZ ZUR LANDESWEITEN „OFFENSIVE ZUR WERTEVERMITTLUNG“

Sehr geehrter Minister Schwarz  
sehr geehrter Damen und Herren,  
dem Hauptpersonalrat zur Kenntnis,

in einem Schreiben vom 6. September 2024 teilt Ihr Ministerium den Schulleitungen der öffentlichen Schulen in Hessen mit, dass es in diesem Schuljahr einen verbindlichen Werteunterricht in allen Intensivklassen geben soll, der im nächsten Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler in Hessen angestrebt wird.

Der GPRS für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden, der die Interessen von mehr 5000 Lehrkräften vertritt, lehnt diese überstürzte Aktion, die ohne Einbindung der Schulen erfolgt ist, aus inhaltlichen, pädagogischen und organisatorischen Gründen ab.

In dem Schreiben Ihres Ministeriums an die Schulen wird korrekterweise betont, dass zur Durchsetzung wichtiger Anliegen alle an einem Strang ziehen müssten. Umso verwunderlicher finden wir es, dass weder die Schulleitungen, noch die betroffenen Lehrkräfte in die Entwicklung und Planung des Vorhabens eingebunden waren. Es ist auch nicht hilfreich, nach dem Beginn des Schuljahres Inhalte von oben herab zu verordnen, wenn alle Planungen für das Schuljahr bereits erfolgt sind.

Darüber hinaus schreiben Sie den Schulleitungen vor, dass sie ab sofort jeden Monat Kontrollen durchführen sollen, ob die neuen Inhalte auch tatsächlich vermittelt worden sind. Aus unserer Sicht, ist das nicht nur ein schlechter Umgang mit dem hessischen Lehrpersonal, dass tagtäglich solche Ideen umsetzen muss, sondern es wird auch das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretungen der Lehrkräfte nach § 78 Abs. 1 Nr. 4 HPVG missachtet.

Wir lehnen dieses Programm insbesondere aus inhaltlichen und pädagogischen Gründen ab.

Inhaltlich wird im Schreiben des Ministeriums dieses Vorhaben damit begründet, dass den betroffenen Schülerinnen und Schülern das notwendige Vokabular für ein adäquates Verhalten fehlen würde. Unsere Erfahrungen im Schulalltag zeigen jedoch, dass es genauso Fehlverhalten von Schülerinnen und Schülern

gibt, die der deutschen Sprache mächtig sind. Schlechtes Verhalten mit fehlenden Sprachkenntnissen gleichzusetzen ist aus unserer Sicht diskriminierend!

In der Handreichung zur Umsetzung im Unterricht werden vom Ministerium v. a. Rollenspiele empfohlen, in denen Achtung, Respekt, Höflichkeit und ethische Grundsätze eingeübt werden sollen. Unseres Erachtens nach werden diese wichtigen Themen durch das Vorleben der Lehrkräfte und das tägliche Miteinander gelernt und geübt, sie waren und sind stets Teil unserer Arbeit und unseres Bildungsauftrages.

Sie selbst schreiben, dass der Bildungs- und Erziehungsauftrag eine fächerübergreifende, allumfassende Aufgabe sei. Warum wollen Sie dann zusätzlichen Unterricht einführen, in dem mittels künstlicher Situationen Inhalte und Haltungen vermittelt werden sollen, die ohnehin längst Bestandteil jeden Unterrichts sind?

Hilfreicher wäre es, wenn die betroffenen Klassen kleiner wären und zusätzliches Personal zur Verfügung stehen würde. Dann könnten die Lehrkräfte individuell auf die Schülerinnen und Schüler eingehen und ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Wir lehnen dieses Programm auch aus organisatorischen Gründen ab, weil es eine erhebliche Mehrbelastung für die Schulen bedeutet.

Konkret sollen die zusätzlichen Inhalte in ungefähr 2.100 Klassen und für mehr als 36.000 Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Deutschunterrichts unterrichtet werden, ohne dass die Schulen weitere Stundenzuweisungen vom Kultusministerium erhalten! Dies bedeutet zwangsläufig, dass der eigentliche Deutschunterricht darunter leidet. Für die Lehrkräfte und Schulleitungen ist dieses Vorhaben eine Mehrbelastung und das, obwohl bekannt ist, dass Schulleitungen und Lehrkräfte seit langem an ihrer Belastungsgrenze arbeiten, weil Klassen zu groß sind und es nicht genügend qualifiziertes Personal gibt.

Die Lehrkräfte an hessischen Schulen haben ein besonderes Interesse an der Integration der geflüchteten jungen Menschen, für uns ist es eine tägliche Aufgabe, Anliegen und Herausforderung. Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass Ihr Ministerium, Herr Minister, im Alleingang ein Vorhaben entwickelt und verordnet hat, ohne die Personalräte zu beteiligen, ohne die Experten vor Ort einzubinden und auch ohne dieses mit den notwendigen Ressourcen auszustatten.

So gelingt aus unserer Sicht keine langfristige Integration in Schule und Alltag.

Vielmehr erweckt es eher den Eindruck des politischen Aktionismus im Zuge der aktuellen Debatten.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Manon Tuckfeld**

VORSITZENDE DES GESAMTPERSONALRATS DER LEHRERINNEN UND LEHRER